Alle Anzeichen sprechen dafür, dass morgen in Brüssel ein Schuldenschnitt für Griechenland beschlossen wird. Was ein über 50-prozentiger Schuldenerlass gegenüber einem Euro-Mitgliedsstaat für die anderen Krisenländer, für die Stabilität des Euro und für die Zukunft der Eurozone insgesamt bedeutet, darüber werden Politiker, Banker und Ökonomen aller Couleur weiter diskutieren und spekulieren. An dieser Stelle versuche ich nur, die Auswirkungen auf Griechenland darzustellen. Von Niels Kadritzke

Ein harter Schuldenschnitt („haircut") für Griechenland wird kommen. Was am Mittwoch in Brüssel offiziell beschlossen werden soll, stellt keine Überraschung mehr dar. Alle Entscheidungen, die seit dem Sommer auf europäischer Ebene gefällt wurden, bestätigen nur, was in der Wirtschaftspresse seit längerem prognostiziert wird. Ob es um die Ausstattung des aktuellen europäischen „Rettungschirms" EFSF geht oder um die Rolle des künftigen Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), oder um neue Vorkehrungen zur Stabilisierung des Bankensystems – all diese Schritte dienen vor allem dem Zweck, die Auswirkungen eines griechischen Zahlungsausfalls auf die restliche Eurozone durch eine Art Firewall eindämmen.

Das am 21. Juli 2011 beschlossene zweite Rettungspaket (im Umfang von 109 Mrd. Euro) war noch der letzte Versuch, einen massiven „haircut" für die griechische Staatsschuld abzuwenden. Wenn der jetzt dennoch kommt, werden sich die Politiker und die Ökonomen mit den Rating-Agenturen darüber streiten, ob es sich um eine „geordnete" oder „ungeordnete" Insolvenz handelt. Zwar ist die unmittelbare Zahlungsunfähigkeit Griechenlands abgewendet, weil die Finanzminister der Eurozone am Samstag beschlossen haben, den europäische Anteil an der nächsten EFSF-Rate für Athen (5,8 von 8 Mrd. Euro) zu bewilligen, und weil daraufhin auch der IWF seinen Anteil Anfang November freigeben will. Aber die Bewertung des Vorgangs wird auch von der Höhe des Schuldenschnitts abhängen. Von der Größenordnung zwischen 50 Prozent und 60 Prozent, die in Brüssel jetzt allenthalben genannt wird, war schon eine Bloomberg-Meldung vom 14. Oktober ausgegangen. Darin wurde ein Vertreter der Investmenttochter von BNP Paribas mit dem Satz zitiert: „Alle kommen zu dem Schluss, dass eine sehr viel tiefgehendere Umschuldung nötig ist, um Griechenland über Wasser zu halten". Über die deutschen Banken hieß es – unter Berufung auf Insider-Stimmen, diese seien „auf einen Verlust von 60 Prozent ihrer griechischen Werte vorbereitet" (zitiert nach Kathimerini vom 14. Oktober).

Wenn den privaten Gläubigern Griechenlands Verluste von 50 Prozent oder mehr auferlegt werden, ist der Plan vom 21. Juli hinfällig geworden, der einen Schuldenschnitt von nominell 21 Prozent (real aber weit weniger) vorsah. An seine Stelle tritt also endgültig jener „Plan B", der schon lange durch die Wirtschaftspresse geistert.

Auswirkungen eines „haircuts" auf Griechenland

Ich will versuchen, darzustellen, welche Auswirkungen ein deutlicher Schuldenerlass für Griechenland haben dürfte:

Auf den Wirtschaftsseiten der Athener Presse ist der Plan B – trotz ständiger Dementis der Regierung und vor allem der griechischen Banken – bereits seit Anfang September im Gespräch. Zu diesem Zeitpunkt war klar, dass die Regierung Papandreou das angestrebte Sparziel (Reduktion des Haushalsdefizits 2011 auf 7,6 Prozent des BIP) um mindestens einen Prozentpunkt (oder 4,6 Mrd. Euro) verfehlt, und zwar vor allem wegen der sich ständig verdüsternden Konjunkturdaten und der entsprechend sinkenden Steuereinnahmen. Seitdem wurden immer wieder drei Szenarien diskutiert:

1. Ein sofortiger „unkontrollierter" Staatsbankrott, falls schon die im Oktober fällige sechste Rate von 8 Milliarden Euro aus dem EFSF-Rettungsprogramm nicht mehr ausgezahlt würde;
2. Ein tiefer Schuldenschnitt ohne begleitende Absicherung, der zwei fatale Folgen hätte:
   a. den Zusammenbruch des griechischen Bankensystem und der Sozialkassen, die Staatspapiere im Wert von rund 60 Mrd. Euro halten;
   b. die politische Konsequenz eines Ausschlusses aus der Eurozone;
3. Ein Schuldenschnitt im Rahmen eines Brüsseler Plan B, der die Folgen für die griechischen Banken und Sozialkassen abfängt und Griechenland in der Eurozone hält.(dazu: NachdenkSeiten vom 20. September).

Athener Regierung und Medien begrüßen den Brüsseler Plan B

Nach Athener Presseberichten hatte Finanzminister Venizelos dieses dritte Szenario schon am 22. September vor der Pasok-Parlamentsfraktion als die „beste Lösung" bezeichnet, insofern „Griechenland von einem Teil seiner öffentlichen Schulden entlastet, zugleich aber in der Eurozone verbleiben würde". Dieser „optimale" Plan B (den Venizelos jetzt in Brüssel beschönigend als eine Lösung namens „21.Juli plus" bezeichnet hat) wurde von den meisten griechischen Wirtschaftskommentaroren fast wie eine „Erlösung" herbeigesehnt. Zur Begründung hieß es etwa in der Kathimerini vom 24. September: Eine im Konsens mit der EU vollzogener und abgesicherter „selektiver Zahlungsausfall" könne „die internationalen Investoren davon überzeugen, dass die Staatsschuldenquote auf eine beherrschbare Dimension zurückgeführt wird". Das wiederum würde „ausländische Direktinvestitionen anziehen, die den Auswirkungen der harten Sparpolitik entgegenwirken könnten".

Griechen wollen nicht zur Drachme zurück

Mit großer Erleichterung wurde insbesondere vermerkt, dass die politischen Kräfte in der Eurozone, die Griechenland in die Drachme zurückprügeln wollen, letztlich nicht die Oberhand behalten. Was der Ausschluss aus der Eurozone für das Land bedeuten würde, hat der Chef der größten griechischen Bank (Ethniki Trapeza Ellados), in einem Interview ausgemalt: Das Land würde „um Jahrzehnte zurückgeworfen“ und zugleich seine „europäische Orientierung“ verlieren. Und die Gewinner bei einem Drachmen- Szenario wären nur die Leute, „die darauf setzen, Griechenland ganz oder teilweise für Peanuts aufzukaufen; Leute, die den Staat betrogen haben und hoffen, sich ihrer Bestrafung mittels einer Katastrophe zu entziehen; Leute, die Kredite aufgenommen und diese anschließend verschleudert haben“.(Apostolos Tamvakakis in Kathimerini vom 18. September).

Ein Ausscheiden aus der Eurozone ist keineswegs nur der Alptraum der griechischen Banker (die übrigens im Casino der toxischen Derivate nie mitgespielt haben). Auch die meisten Griechen sehen darin eine ernste Bedrohung. Das zeigt eine Umfrage des Instituts Public Issue vom 27. September. Demnach versprechen sich von der Rückkehr zur Drachme nur 15 Prozent der Befragten positive ökonomische Wirkungen, 66 Prozent dagegen entschieden negative.

Noch aufschlussreicher sind einige Einzelresultate dieser Umfrage:

- Die Drachmen-Nostalgie hat seit Frühjahr 2011 nicht zu-, sondern sogar leicht abgenommen;
- in keiner Altersgruppe sehnen sich mehr als 20 Prozent der Befragten zur Drachme zurück; bei den unter 25-Jährigen sind es sogar nur 10 Prozent;
- diese Sehnsucht nimmt mit steigenden Bildungsgrad deutlich ab: von 21 Prozent bei den Befragten mit Grundschulabschluss sinkt sie auf 10 Prozent bei den Hochschulabsolventen;
- selbst von den Wählern der kommunistischen KKE, die vehement gegen die EU-Mitgliedschaft Griechenlands ist, wollen nur 21 Prozent die Drachme wieder haben, dagegen befürchten 56 Prozent für diesen Fall eine Verschlechterung der ökonomischen Lage;
- die Anhänger der Linkspartei Syriza (die das Sparprogramm der Regierung und die Politik der Troika scharf kritisiert) sind zugleich die stärksten Euro-Befürworter: 80 Prozent sehen bei einer Rückkehr zur Drachme negative und nur 7 Prozent positive Auswirkungen.

Mit einem Schuldenschnitt ist Griechenland nicht „über dem Berg"

Der ökonomische Realismus der Bevölkerung zeigt sich in diesen Umfragen auch darin, dass eine übergroße Mehrheit keinerlei Illusionen über die Dauer des Zwangsparens während der Wirtschaftskrise hegt. Die meisten Griechen wissen also, dass das Land auch nach einem radikalen Schuldenschnitt ohne die Folge des Ausschlusses aus der Eurozone keineswegs „über dem Berg" wäre. Zumal die Experten davor warnen, die „Heilserwartungen" an den Plan B zu überziehen.

Diese Warnungen weisen v.a. auf drei Punkte hin:

1. Der Effekt eines haircut ist deutlich geringer, als es den Anschein hat. Der Chef der Piräus-Bank, Michalis Sallas, rechnet vor, dass sich bei einem haircut von 50 Prozent die griechische Staatsschuld (von 357 Mrd. Euro Ende 2011) keinesfalls um die Hälfte, also knapp 180 Mrd. Euro verringert, „wie viele naiver- oder ignoranterweise annehmen", sondern nur um etwa 25 Mrd. Euro. Denn von der Umschuldung sei der größere Teil der griechischen Staatsschuld ausgenommen – vor allem die von der EZB gekauften Bonds und die Kredite aus dem EFSF. Der Schnitt betreffe nur die griechischen Staatspapiere in „privater Hand", aber von diesen 135 Mrd. Euro liegen nur 45 Mrd. im Ausland, der Rest bei griechischen Banken (ca. 45 Mrd. Euro), öffentlichen Rentenkassen (ca. 25 Mrd.) und Versicherungsunternehmen. Deshalb müsste der Staat als Folge der Wertverluste durch den „haircut" neue Kredite aufnehmen, um die griechischen Banken zu rekapitalisieren und die Rentenkassen zahlungsfähig zu halten. (Kathimerini vom 15. Oktober, Ta Nea 8./9. Oktober).
2. Die mittel- und langfristigen Sparziele bleiben von einem Schuldenschnitt unberührt. Denn die Abschreibung eines Teils der griechischen Staatsschuld würde in den Augen der Gläubiger nur dann einen „Neuanfang" darstellen, wenn sie sich in einer kontinuierliche Rückführung der öffentlichen Schuldenlast fortsetzt. Selbst wenn die griechische Gesamtverschuldung schlagartig von 150 Prozent auf 120 Prozent des BIP sinken sollte, würde das Land nur dann wieder „kreditfähig", wenn es schon kurzfristig einen ausgeglichenen Primärhaushalt (Staatsbudget ohne Schuldendienst) anstrebt und vor allem mittelfristig die Produktivität seiner Wirtschaft erhöht.
3. Nach einem Schuldenschnitt können die Griechen auch mit keinen Konzessionen hinsichtlich des irrwitzigen Spartempos rechnen. Seitens der Troika gibt es keinerlei Anzeichen für die Bereitschaft, das Programm zum Schuldenabbau zeitlich zu strecken und damit sozial verträglicher zu gestalten (dazu meine Überlegungen vom 9. September). Im Gegenteil: Als Reaktion auf das Scheitern der Sparziele für das Jahr 2011 hat die Troika der Regierung Papandreou ein nochmals verschärftes Sparprogramm aufgebrummt.

Sparkurs konterkariert Schuldenschnitt

Dieser letzte Punkt, die Unnachgiebigkeit der Euro-Partner, was das mörderische Tempo des Sparens betrifft, wird von griechischen Kommentatoren mit Bitternis vermerkt. Damit gehe, argumentiert der Kolumnist Iannis Pretenderis in Ta Nea, ein guter Teil des durch den Schuldenschnitt erzielten Effekts verloren. Dieser sei unabdingbar, aber genau so wichtig sei eine „Korrektur der Haushaltspolitik, und zwar nicht um sich den eigenen Verpflichtungen zu entziehen und die EU-Partner zu veräppeln, sondern um der griechischen Wirtschaft endlich etwas Sauerstoff zuzuführen“. Das Grundproblem Griechenlands sei nicht die Frage, ob das Haushaltsdefizit für 2011 bei 8,5 oder bei 7,6 Prozent des BIP liegt, sondern „dass die Gesellschaft schon längst die Grenzen ihrer Geduld und ihrer Belastbarkeit überschritten hat.“ Die Troika habe offenbar immer noch nicht begriffen: dass eine „härtere“ Umschuldung mit einer „weicheren“ Haushaltsanpassung einhergehen müsse. (siehe auch die ganz ähnliche Kritik in dem IMK-Gutachten [PDF – 445 KB], in NachdenkSeiten vom 20. Oktober).

Ob die Troika nicht „begriffen“ hat oder bewusst eine andere Agenda verfolgt, ist weiter unten zu erörtern. Interessant ist allerdings, dass eine ähnliche Kritik vom Institute of International Finance (IFF) kommt, das die Interessen der großen europäischen Banken reflektiert. In der Kathimerini vom 30. September wird das IFF mit der Mahnung zitiert, die Troika solle ihre „strenge Sparpolitik aufgeben und mehr finanzielle Mittel in die griechische Realwirtschaft lenken“, also zum Beispiel öffentliche Investitionen finanzieren. Die Kritik der griechischen Kommentatoren wie die des IFF setzen am selben Punkt an. Die bisherigen Sparprogramme konnten schon deshalb nicht aufgehen, weil sie die Konjunktur vollends erdrosselt haben. (Verweis auf frühere NachdenkSeiten-Texte: Gibt es einen Ausweg aus der Sackgasse; Schock-Therapie oder Schock ohne Therapie?)

Diktat der Ausgabenkürzungen vertieft die Rezession und senkt die Staatseinnahmen

So versuchte auch Griechenlands Finanzminister Venizelos gegenüber der Troika zu argumentieren, als er Anfang September melden musste, dass Athen das Sparziel für 2011 (Reduzierung des Defizits auf 7,6 Prozent des BIP) verfehlt. Die Maßnahmen der griechischen Regierung hätten nicht „die erwarteten Einnahmen generiert“, weil das „Diktat der Ausgabenkürzungen“ die wirtschaftliche Rezession vertieft habe. Das für 2011 erwartete Minuswachstum von 5,5 Prozent (nach minus 4,5 Prozent in 2010), erklärte er mit einem nochmaligen Einbruch des privaten Konsums und der Investitionen gegenüber dem Vorjahr (nachdem beide Größen schon 2010 um 6,6 bzw. –16,5 Prozent geschrumpft waren).

In der Tat sind die 4,5 Milliarden Euro, um die der griechische Haushalt seine Sparziele in den ersten 8 Monaten von 2011 verfehlt hat, großenteils aus die Lücken auf der Einnahmenseite (3,5 Milliarden) zurückzuführen. Nur zum kleineren Teil (rund 1 Milliarde) resultieren sie aus der Überschreitung der geplanten Ausgaben, und auch dies ist vor allem ein Ergebnis der Rezession, weil der Staat mehr Geld für die Arbeitslose und für die Stabilisierung der Rentenkassen ausgeben musste.

Troika verlangt noch größere Sparanstrengungen

Die Troika monierte die Begründung mit dem Konjunktureinbruch als unzureichend. Das ist nicht verwunderlich, hätte sie sonst doch die kontraproduktive Wirkung ihres eigenen Programms anerkannt und das Versagen dieses Programms auf dem eigenen Schuldkonto verbuchen müssen. Auch deshalb bestanden EU, EZB und IWF auf weiteren Sparmaßnahmen nach dem verhängnisvollen Muster „more of the same“. Um die fehlenden 4,5 Mrd. Euro aufzubringen, musste das griechische Parlament letzte Woche unter anderem folgende Maßnahmen beschlossen:

- Eine weitere Kürzungen der Gehälter und Renten der öffentlichen Bediensteten um ca. 20 Prozent;
- Die Besteuerung selbst minimaler Jahreseinkommen ab 5000 Euro, was einen besonders harten Schlag gegen das Prinzip der Belastungsgerechtigkeit darstellt;
- Einen drastischen Personalabbau im öffentlichen Dienst und im erweiterten staatlichen Sektor (öffentliche und halb-öffentliche Unternehmen), um 30 000 Stellen sofort und innerhalb der nächsten drei Jahre um weitere 100 000 Stellen;
- Eine Sondersteuer auf Immobilienbesitz, die pro Quadratmeter aber nach gestaffelten Tarifen (von 3 bis 30 Euro pro qm) erhoben wird.

Um dieses Programm, das für die Volkswirtschaft erneut einen massiven Kaufkraftentzug bedeutet, zu „würdigen”, sei noch einmal das Einmaleins des griechischen Staatsdefizits vorgerechnet.

Das ewige Dilemma des griechischen Staatshaushalts

Griechenland hat im europäischen Vergleich keineswegs die höchsten Ausgaben für das staatliche Personal und auch nicht die niedrigste Steuerquote. Bei den Personalausgaben

lag das Land 2008 mit 12,1 Prozent (bezogen auf das BIP) um zwei Prozent über dem Durchschnitt der Eurozone, bei den Steuereinnahmen lag es mit 20,4 Prozent dagegen um 5,3 Prozent darunter. Damit hatte Griechenland vor Beginn der Krise eine der niedrigsten Steuerquoten in der Eurozone (Daten für 2008 auf Basis des von eurostat herausgegebenen Reports: „Taxation Trends in the European Union, 2010 edition). Noch wichtiger ist aber der Abstand zwischen diesen beiden Kennziffern. Er ist im Fall Griechenland größer als bei allen anderen Euro-Ländern. Es ist genau diese Kluft zwischen relativ hohen Personalausgaben und einem extrem niedrigen Niveau der Steuereinnahmen, die das ewige Dilemma des griechischen Staatshaushalts ausmacht. Ohne diese Lücke wesentlich zu verringern, werden die öffentlichen Finanzen des Landes nie ins Lot kommen.

Das Hauptproblem ist das Eintreiben der Steuern bei den Besserverdienenden

Diese Zahlen machen zugleich deutlich, dass das Hauptproblem nicht die zu hohen Staatsausgaben sind, sondern das Defizit auf der Einnahmenseite. Genauer: die viel zu geringen Erträge aus direkten Steuern. Der Anteil der direkten Steuern am gesamten Steueraufkommen lag in Griechenland 2008 bei lediglich 24,5 Prozent – fast acht Prozent unter dem Durchschnitt der Eurozone (32,4 Prozent); geringere Werte hatten nur Slowenien und die Slowakei. Aber anders als bei diesen beiden späten EU-Beitrittsländern rührt die dürftige Quote im Fall Griechenland keineswegs von besonders niedrigen Steuersätzen. Sie reflektiert vielmehr die jämmerlich niedrige Erfolgsquote beim Eintreiben der Unternehmens- und Einkommenssteuern, sprich die strukturelle Unfähigkeit des griechischen Fiskus, den besser verdienenden Schichten einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung der Staatsausgaben abzuknöpfen.

Diese Unfähigkeit bezeugt auch die Summe von mehr als 40 Milliarden Euro, die Griechenlands begüterte Klasse dem Fiskus schuldet. Diese Steuerschuldner sind nicht mit den Steuerhinterziehern zu verwechseln, die den Staat Jahr für Jahr um geschätzte 50 Milliarden betrügen. Die 40 Milliarden sind festgestellte und eingeforderte Steuersummen. Aber sie wurden von den Schuldnern schlicht nicht gezahlt, weil diese davon ausgehen konnten, dass es bis zum rechtsgültigen Vollstreckungsbescheid mindestens 7 oder 8 Jahren dauert und dass in diesem Zeitraum irgendeine Regierung eine Steueramnestie beschließt.

Das Eintreiben der geschuldeten Steuern brächte ein Vielfaches der Sparprogramme

Könnte die griechische Finanzverwaltung von den geschuldeten Steuermilliarden auch nur ein Drittel eintreiben, wäre dies ein Vielfaches der Summe, die der Staat mit der jüngsten Sparrunde aufbringen will. Aber das eine ist eben einfach, das andere dagegen schwer,

kommentiert ironisch ein Leitartikler in der Zeitung Ethnos (vom 7. Oktober): „Gesetzestechnisch ist es für eine Regierung leicht, Gehälter und Renten zu kürzen und neue Steuern zu beschließen. Dagegen war und bleibt es schwierig, andere Maßnahmen zu realisieren, zum Beispiel die Steuerhinterziehung zu begrenzen oder die Bürokratie einzudämmen – alles das, was die Parteien an der Macht seit Jahrzehnten versäumt haben."

Dass im griechischen Parlament eine extrem unsoziale Besteuerung von Mini-Einkommen – weit unterhalb der Armutsgrenze – verabschiedet wird, während die reichen Steuerschuldner immer noch nicht belangt werden, ist der härteste Schlag gegen das Gerechtigkeitsempfinden, den sich die Regierung Papandreou bislang geleistet hat. Dieses Empfinden ist der Hauptgrund dafür, dass sich immer mehr Griechen einem Sparprogramm verweigern, dessen Notwendigkeit sie prinzipiell anerkennen. Denn sie erleben, wie trotz einer endlosen Folge immenser persönlicher Opfer die Gesellschaft und mit ihr die eigenen Zukunftshoffnungen in der Krise versinken, während diejenigen, die für diese Krise die Hauptverantwortung tragen, immer noch oben schwimmen.

Dieses bittere Gefühl hat Kostas Mitropoulos in seiner Karrikatur vom 8. Oktober abgebildet (Ta Nea, S.26). Aus dem Fernseher verkündet Finanzminister Venizelos: „Es gibt nur zwei Szenarien: Entweder wir gehen mit den Sparmaßnahmen zurück ins Mittelalter, oder mit der Drachme zurück in die Steinzeit!" Vor dem Fernseher kommentiert eine mit Schmuck behangene, Likör schlürfende Dame: „Nirgends gehen wir hin! Wir sitzen hier doch ganz wunderbar!" Auf dem Sessel, in dem sich die Dame fläzt, steht das Wort „Steuerhinterziehung".

Immobiliensteuer, der offizielle Offenbarungseid für das Steuersystem

Das Versagen einer Sparpolitik, die sich ein ums andere Mal selbst besiegt, habe ich schon früher ausführlich dargestellt. Die Gründe dieses Versagens werden nirgends deutlicher als in dem jetzt verabschiedeten Gesetz über die Sondersteuer auf Immobilienvermögen. Diese Sondersteuer sollte zunächst nur für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 gelten. Die erwarteten Einnahmen von 2,5 bis 3 Mrd. Euro pro Jahr sollten das durch den Konjunktureinbruch gerissene Loch bei den Einnahmen stopfen. Auf Drängen der Troika wurde diese Sonderabgabe in eine reguläre, dauerhafte Steuer umgewandelt. Finanzminister Venizelos hat diese neue Steuer nicht ganz zu Unrecht als „hart aber gerecht" bezeichnet, denn zweifellos fallen die neue Maßnahme „sozialer" aus als die massiven steuerlichen Belastungen durch frühere Sparprogramme: Der Tarif der Abgabe ist so gestaffelt, dass der Quadratmeter Wohnfläche in einem Villenviertel zehn Mal höher belastet wird (bis zu 30 Euro pro qm) als in einem heruntergekommenen Innenstadtviertel. Und für Arbeitslose und kinderreiche Familien gibt es einen Mini-Tarif von 50 Cent.

Das Entscheidende an der dieser Steuer ist allerdings etwas anderes. Erstens kann der Staat – anders als bei den übrigen direkten Steuern – auf dokumentierte Daten zurückgreifen und zweitens kann er die geforderten Summen effektiv eintreiben. Denn die Angaben über die besteuerte Wohnfläche liegen in den Katasterämtern und der „Steuerbescheid“ erfolgt über die Stromrechnungen des staatlichen Versorgers DEI, die jedem Haushalt alle zwei Monate zugestellt werden. Damit verfügt der Staat drittens über ein Sanktionsinstrument, das er bei anderen Steuerforderungen nicht hat: Wer nicht zahlt, dem wird der Strom abgestellt.

Die meisten Griechen sehen in der Drohung mit dem Stromentzug eine illegitime Erpressung. Und die juristischen Klagen, die gegen den Einzugsmodus der neuen Steuer eingereicht wurden, haben durchaus Erfolgsaussichten. Aber auch die Kritiker wissen, dass diese Methode keine bösartige List, sondern ein reiner Verzweiflungsakt ist. Die Konstruktion dieser Steuer ist im Grunde nur der offizielle Offenbarungseid für das griechische Steuersystem. Das ist den EU-Inspektoren aus Brüssel und Frankfurt so klar wie den Experten des IWF. Die wissen also so gut wie die griechische Regierung, dass das vordringlichste Projekt im Rahmen einer wirksamen und nachhaltigen Krisenstrategie der systematischen Neuaufbau der griechischen Finanzverwaltung ist. Und sie wissen auch, dass diese Aufgabe nicht von heute auf morgen zu schaffen ist.

Dringend notwendig wäre der Neuaufbau der griechischen Finanzverwaltung

Gerade deshalb hätte die griechische Regierung dieses Projekt spätestens mit Beginn der akuten Krise vor zwei Jahren anpacken müssen. Das ist nicht geschehen. Da wirkt es schon komisch, wenn Finanzminister Venizelos die „ineffektive öffentliche Verwaltung“ des eigenen Landes kritisiert (so Ende September gegenüber dem IWF in Washington) und bedauernd auf die „alte“ klientelistische Mentalität der Steuerbeamten verweist. Denn die wurde von der politischen Klasse selbst erzeugt und nie entschlossen bekämpft. Heute ist diese Mentalität derjenige Faktor, der die Konsolidierung der Staatseinnahmen am stärksten behindert: Das Personal der Finanzämter betreibt seit Monaten eine passive Arbeitsverweigerung, die Anfang Oktober in einen siebentägigen offiziellen Streik mündete. Die subjektive Empörung der Steuereintreiber rührt nicht nur von den massiven Einkommensverlusten, die sie wie der gesamte öffentliche Dienst hinnehmen mussten. Viele von ihnen haben auch ihre zweite, informelle Einkommensquelle verloren, nämlich die Bestechungsgelder, für die sie ihr Wohlwollen an Steuerpflichtige verkauften. Und diejenigen von ihnen, die Steuerzahlungen direkt mit Firmen, Geschäften oder Freiberuflern aushandeln, konnten fast wie „Steuerpächter“ früherer Zeiten agieren und dem Staat zustehende Einnahmen für sich selbst abzweigen. Damit ist nun Schluss.

Die Arbeitsverweigerung des Personal erklärt die Lücken auf der Einnahmenseite jedoch nur zum Teil. Dass der Staat nicht in der Lage war, die 40 Milliarden Euro ausstehender Steuerschulden einzutreiben, ist vor allem ein Versäumnis der Politik. Das haben alle Regierungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten.

Die Regierung Papandreou wäre existentiell darauf angewiesen ist, diesen „Schatz" zu heben und für die Haushaltskonsolidierung zu nutzen. Seit Frühjahr 2010 hat sie immer neue Anläufe zum großen „psarema", zum Abfischen der überfälligen Steuerschulden angekündigt:

- die Bildung einer „Rambotruppe" von Steuerfahndern, die unabhängig von lokalen Finanzämtern die Jagd auf große Steuerschuldner betreiben sollen;
- die Erfassung von Villen und Swimmingpools durch Satelliten, um den Besitz von Steuerschuldnern zu erfassen und womöglich zu beschlagnahmen;
- moralischen Druck auf die Steuerschuldner durch die Drohung, ihre Namen zu veröffentlichen.

Viele Ankündigungen, aber kaum Erfolge

Von vielen Ankündigungen hat man nie wieder was gehört. Wenn es greifbare Resultaten gäbe, hätte das Finanzministerium sie ausposaunt, um dem kleinen Steuerzahler zu beweisen, dass es den großen Schuldnern an den Kragen geht. Aber statt konkreter Erfolge wurden immer neue Aktionen – gegen Steuerschuldner wie gegen Steuerbetrüger – verkündet. Das ging auch unter dem neuen Finanzminister Venizelos weiter:

1. Gleich nach seinem Amtsantritt im Juli 2011 versprach er ein Abkommen mit der Schweiz über die Aufdeckung von Konten reicher Griechen. Sollte sich ein großer Teil dieser Gelder, die in Athen auf knapp 30 Mrd. Euro geschätzt werden, als (unversteuertes) Fluchtgeld erweisen, könnte man mit steuerlichen Abschlagszahlungen von mindestens 5 Mrd. Euro rechnen. Eine solche Vereinbarung mit der Regierung in Bern hatte allerdings schon im Mai 2011 Venizelos Vorgänger Giorgos Papakonstantinou angekündigt. Deshalb ist man skeptisch, wenn man die Meldung vom letzten Donnerstag (20. Oktober) im Züricher Tagesanzeiger liest. Demnach sollen diese Woche entsprechende Gespräche auf der „Verwaltungsstufe" beginnen. Selbst wenn das geschieht, könnten die ersten Einnahmen aus einer Abgeltungssteuer für die griechischen Gelder in der Schweiz realistischerweise

frühestens 2013 fließen.
(An dieser Stelle nur nebenbei: Die von der BILD-Zeitung am 19. Oktober auf der Titelseite plakatierte Summe von 200 Milliarden Euro, die „Griechen in der Schweiz bunkern“, ist eine spekulative Größe, die Experten für weit übertrieben halten. Es handelt sich hier also um eine BILD-hafte Propaganda-Blase.)

2. Mitte September ließ Venizelos verlautbaren, man wolle private Ermittler beauftragen, die Vermögensverhältnisse von Steuerschuldnern aufzudecken, die dem Fiskus über 150 000 Euro schulden. Für diesen Job sollen sich Rechtsanwälte und Notare bewerben, die sich zutrauen, Bankguthaben, Immobilienbesitz und sogar „Forderungen an Dritte“ zu ermitteln. Voraussetzung sei allerdings, dass diese Leute zuvor drei Jahre lang nicht für die ausgeforschten Steuerschuldner tätig gewesen sind. Für Ermittlungen, die zu keiner Steuernachzahlung führen, werden den „freien Mitarbeitern“ der Steuerbehörden 200 Euro geboten, im „Erfolgsfall“ dagegen 1000 Euro. Ob die ausgelobten Honorare ausreichen, eine Berufsgruppe zu rekrutieren, die wesentlich mehr mit der Beihilfe zur Verschleierung von Vermögensverhältnissen verdienen kann, darf bezweifelt werden. Das würde erklären, warum man von dem Plan nichts mehr gehört hat.
3. Kurze Zeit später kündigte das Finanzministerium an, man werde von den griechischen Banken bis Ende Oktober Listen der griechischen Bürger verlangen, die seit 2009 mehr als 100 000 Euro ins Ausland transferiert haben. (Ta Nea vom 20. September). Auf Basis dieser Daten werde man die Summen mit den Angaben abgleichen, die von den Kontoinhabern als Einkommen gegenüber dem Finanzamt deklariert wurden. Wer die Herkunft der Gelder nicht belegen kann, müsse eine Abgeltungssteuer von 10 bis 15 Prozent der transferierten Summe bezahlen. Abgesehen davon dass diese Regelung einer teilweisen Steueramnestie gleicht (deklarierte Einkommen in dieser Höhe würden nämlich mit bis zu 45 Prozent besteuert), bleibt abzuwarten, ob solche Listen tatsächlich geliefert werden. Die Banken haben sogleich heftig gegen die Aufhebung des „Bankgeheimnisses“ protestiert (Ta Nea 6. Oktober 2011). Offensichtlich besitzt das Finanzministerium aber bereits eine Liste über diese Banktransfers, zumindest für das Jahr 2009. In diesem Jahr, teilte Venizelos am 14. Oktober im Parlament mit, haben 8677 Bankkunden fast 5 Mrd. Euro ins Ausland geschafft. 3718 dieser Kunden hätten gegenüber der Steuerbehörde ein Jahreseinkommen unter 20.000 Euro deklariert.
4. In derselben Parlamentssitzung kündigte der Finanzminister an, die Regierung werde eine Liste der größten Steuerschuldner veröffentlichten. Da die Datenschutzbehörde gegen dieses Vorhaben Einspruch erhob, sollen jetzt nur die Parlamentsabgeordneten die Namen der Sünder erfahren dürfen, die dem Fiskus mehr als 150 000 Euro schulden.

Trotz all dieser Ankündigungen ist die Realität betrüblich: Von den Steuerschulden in Höhe von mindestens 40 Mrd. Euro, die ein paar Tausend Griechen ihrem Staat schulden, ist bis heute nicht einmal ein Bruchteil eingetrieben. Warum? Ein informierter Beobachter, der Schweizer Grieche Spyros Arvanitis von der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich, hat dazu einige plausible Vermutungen. Der Wirtschaftswissenschaftler meinte gegenüber dem Swiss-Info am 17. Juli dieses Jahres: „Ohne politische Protektion und ohne Korruption wäre es nicht möglich, dass einzelne Personen derartige Steuersummen bis in Millionenhöhe schuldig bleiben."

Kleptokratie, das eigentliche politische Problem

Nikos Xydakis hat es in der Kathimerini vom 15. Oktober so ausgedrückt: „Der Overspill der Staatsschulden hat die tieferen Strukturen der Kleptokratie aufgedeckt und das eigentliche politische Problem kenntlich gemacht." Nun lässt sich zwar schwer beweisen, auf welcher Ebene des politischen und bürokratischen Systems die Verfolgung der Steuerschuldner so effektiv gebremst wurde. Aber es gibt Anhaltspunkte. Am 7. Oktober stand in der Athener Zeitung Ethnos der Bericht über eine heftige Kontroverse innerhalb der Pasok-Parlamentsfraktion. Demnach fragte der Abgeordnete Dimitis Kouselas den Finanzminister, welche Maßnahmen er gegen die "Großsteuerschuldner" ergriffen habe. Kouselas hatte vor der Amtszeit von Venizelos als Staatssekretär im Finanzministerium fungiert. Venizelos blaffte also zurück: „Ich bin jetzt drei Monate Minister. Was hast du denn während deiner ganzen Amtszeit getan?" Die Antwort von Kouselas wird von Ethnos so zitiert: „Das war einer der Gründe, warum ich aus der Regierung ausgeschieden bin. Ich habe eine Liste mit 3800 Namen von Steuerschuldnern geliefert."

Kouselas sagte offenbar nicht, wo besagte Liste hängen geblieben ist. Aber das ist ziemlich egal. Für Verzögerungen und Versäumnisse ist in jedem Fall der Finanzminister verantwortlich. Aber auch das Justizministerium hat seinen Anteil, weil es die juristischen Voraussetzungen für den raschen Zugriff auf das Vermögen von Steuerschuldnern schaffen müsste. Der Finanzexperte Arvenitis hat zum Beispiel vorgeschlagen, „20, 30 oder 40 gute Richter zu finden…, die sich vom Morgen bis in die Nacht mit Steuerfällen befassen und rechtsgültige Urteile fällen, und zwar ohne die Möglichkeit einer Berufung, die das Ganze jahrelang verschleppen könnte. Sodass schon am Tag danach der Gerichtsvollzieher das Geld bei dem Steuerschuldner einfordern kann."

Ein solches fast-track-Verfahren mit speziellen Steuerkammern hatte übrigens der IWF-Vertreter der Troika schon vor 18 Monaten gefordert. Geschehen ist bis heute nichts. Bei den Gerichten lagerten Anfang Oktober immer noch 420.000 unerledigte Steuerfälle. Immerhin will der Justizminister veranlassen, dass die Gerichte künftig statt bis 15 Uhr bis

17 Uhr arbeiten sollen.

Und wie sieht es mit der Sonderstelle „Wirtschaftskriminalität“, die immerhin eingerichtet wurde, um den harten Steuerbetrügern schneller auf die Spur zu kommen? Sie besteht bislang aus ihrem Leiter, Oberstaatsanwalt Grigoris Peponis und seinem Stellvertreter, plus drei Staatsanwälten. Diese fünf Leute sind nicht etwa nur für Athen, sondern für das ganze Land zuständig, wobei nur Peponis ausschließlich in Sachen Wirtschaftsverbrechen und Steuerbetrug ermittelt, während die übrigen vier auch noch mit anderen Fällen befasst sind. Von einer angemessenen Ausstattung dieser Behörde kann keine Rede sein, schreibt die Kathimerini in ihrem Bericht vom 24. Oktober. Und kritisiert, dass auch die Koordination mit anderen staatlichen Stellen noch nicht funktioniert, noch nicht einmal mit der Finanzpolizei, die nach wie vor dem Innenministerium unterstellt ist. Das Fazit von Kathimerini lautet: „Für die Bekämpfung der Steuerhinterziehung gilt das Motto ‚Zeit ist Geld’ im wörtlichen Sinne, und dennoch hat man bis jetzt weder für die personelle Ausstattung des neuen Strafverfolgungsorgans gesorgt, noch für die Verknüpfung mit den anderen zuständigen Behörden.

Sozialausgleich als pure Demagogie

Finanzminister Venizelos hat letzte Woche im Parlament noch ein weiteres Kaninchen aus dem Hut gezaubert. Im Rahmen der neuen Spargesetze soll ein Etatposten für „sozialen Ausgleich“ eingerichtet werden, finanziert mit einem Teil der Gelder, die man den Steuerschuldnern abknöpfen will. Wie und wann sein Ministerium diese Gelder beschaffen will, darüber sagte der Minister nichts. Und sein Vorschlag ist natürlich pure Demagogie. Denn das Steuersystem insgesamt müsste dafür sorgen, dass eine staatliche Politik des „sozialen Ausgleichs“ durch den überproportionalen Beitrag der Besserverdienenden finanziert werden kann. Das funktioniert aber nur, wenn der Staat diesen Beitrag regelmäßig und effektiv eintreibt.

Die Bevölkerung verzweifelt über das Versagen der politischen Klasse

Das Desaster mit den Steuereinnahmen ist in gewisser Weise unerklärlich, weil sich die Regierung Papandreou sehr wohl bewusst ist, dass sich an der Frage der „Steuergerechtigkeit“ (oder der „Balance der Leiden“) nicht nur ihr eigenes Schicksal entscheidet, sondern die Zukunft der gesamten Gesellschaft. Was in Griechenland – auf den Straßen wie jenseits der Demonstrationen – dieser Tage sichtbar wird, ist weniger ein rebellisches Potential als vielmehr eine zutiefst verunsicherte und verzweifelte Bevölkerung, die buchstäblich nicht mehr weiß, wie das Morgen aussieht (dazu im Anhang mehr). An dieser Situation ist allerdings nicht nur die „Troika“ Schuld, die den Griechen ein irrwitziges

Spartempo diktiert. Dass der Finanzminister ungefähr jede Woche neue Einsparungen und neue Steuerlasten verkünden muss, ist eine direkte Folge der chronischen Defizite bei den Staatseinnahmen, made in Greece.

Diese Defizite stehen für das Versagen der gesamten politischen Klasse, das die Griechen erst jetzt in voller Tragweite erfassen. Wobei die meisten durchaus begreifen, dass sie diese Klasse selbst hervorgebracht und immer wieder durch Wahlen bestätigt haben. Deshalb ist es durchaus auch ein Stück gesellschaftlicher Selbstkritik, wenn der Kommentator Nikos Konstandaras beklagt: „Die Opfer der letzten beiden Jahre haben nichts gebracht. Denn die große Wette ging verloren: der Umbau der öffentlichen Verwaltung, die Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen, neue qualitative Bewertungskriterien, das Prinzip individueller Verantwortlichkeit – nichts wurde angepackt. Das einzige, was wir erreicht haben – und immer nur mit Hängen und Würgen – war die nächste „Rate“ unseres Kreditprogramms, während wir immer tiefer im Schuldensumpf versanken.“ (Kathimerini 7. Oktober 2011.)

Spartempo erstickt Reformimpulse

Konstandaras hat Recht, aber er vergisst zu sagen, dass unter den Bedingungen, die das Sparprogramm der Troika von Anfang an diktiert hat, selbst eine kompetentere, entschlossenere und glaubwürdigere politische Klasse große Probleme gehabt hätte, die nötigen Reformen anzupacken und der Mehrheit der Bevölkerung zu vermitteln. Das schiere Tempo des Schuldenabbaus hätte jede Regierung zu einer atemlosen Politik gezwungen, die vor lauter Sparen viel zu wenig personelle und finanzielle Ressourcen für die Einleitung langfristiger Reformen übrig bleiben.
Wie das atemlose Spartempo die nötigen Reformimpulse erstickt, lässt sich exemplarisch an der jetzt bevorstehenden „Verschlankung“ des öffentlichen Dienstes aufzeigen. Dass dieser in Griechenland durch eine jahrzehntelange Klientelpolitik der Regierungsparteien quantitativ aufgebläht und qualitativ ausgezehrt wurde, steht außer Zweifel. Aber wenn man mit der Klientelpolitik brechen will, um die Steuergelder für den öffentlichen Dienst effizienter auszugeben, braucht man zu allererst sinnvolle Kriterien: für die Zahl der in jeder Verwaltung nötigen Stellen, für die Einschätzung der Fähigkeiten jedes und jeder Einzelnen, für den Einsatz entsprechend der Fähigkeiten und Interessen. Diese Kriterien zu entwickeln und auf allen Ebenen umzusetzen, braucht aber Zeit. Unter dem Zwang, innerhalb von drei Monaten 30 000 Leute zu entlassen (auf dem Umweg über die „Arbeitsreserve“), kann das nicht klappen.

Reformen brauchen ihre Zeit

Für eine umfassende, nachhaltige und intelligente Reform der öffentlichen Verwaltung, wie sie in Griechenland nötig wäre, bedarf es einer viel längeren Vorlaufs- und Planungszeit. Und das aus zwei Gründen:

1. Der Zeitdruck erzwingt opportunistische Lösungen, die ohne größere juristische Komplikationen durchsetzbar sind. Das heißt in unserem Fall: In die „Reserve“ geschickt werden in erster Linie öffentliche Angestellte, die kurz vor der Pensionierung stehen. Die beziehen ein Jahr lang eine Art „Vorruhestandsgeld“ von 60 Prozent ihrer alten Bezüge und anschließend ihre (inzwischen reduzierte) Rente. Die defizitäre Rentenkasse wird durch diesen Schub von frühen Ruheständlern zwar enorm belastet, aber das wird sich erst in einem Jahr zeigen. Zunächst mal ist der erwünschte Sparzweck erzielt.
2. Wenn keine Zeit bleibt, gut begründete Kriterien für den Personalabbau unter Mitwirkung der Beschäftigten zu entwickeln, entsteht innerhalb des Personals eine Konkurrenz auf Hauen uns Stechen. Jeder und jede Einzelne wird versuchen, die eigene Position mit den Mitteln zu verteidigen, die das klientelistische System ausmacht und ständig reproduziert: persönliche Beziehungen, unlautere Tauschgeschäfte, Intrigen. Unter zeitlichem Druck trägt also eine „Reform“, die mittel- und langfristig Klientelismus und Günstlingswirtschaft überwinden soll, gerade zu einer Verlängerung und Intensivierung dieser Praktiken bei.

Hier eine Auswahl von Kurzinterviews, die die Zeitung Ta Nea am letzten Donnerstag mit Demonstranten geführt hat.
Ein interessanter Querschnitt, der zugleich zeigt, dass zunehmend der Mittelstand auf die Straße geht.

Rentner:
Ich bin immer davon ausgegangen, dass ich nach 44-jähriger Tätigkeit in der Baubranche meine Probleme gelöst hätte und meine Rentnerjahre in Ruhe genießen könnte… Aber die Politik von Papandreou und die von seiner Regierung beschlossenen Maßnahmen haben mir die Taschen geleert. Man hat mir meine Rente und jahrelang Erspartes genommen. Heute ist mein Monatseinkommen um 40 Prozent gemindert, und das nicht nur wegen der Rentenkürzungen. Nach so vielen Arbeitsjahren hatte ich mir ein Geschäftshaus gebaut. Die Mieteinnahmen sollten meine Probleme lösen. Jetzt habe ich die Mieten um 50 Prozent heruntergesetzt, weil die Mieter kein Geld haben. Und dann werde ich noch aufgefordert, die Sonderabgabe auf Immobilien zu zahlen. Mit welchem Geld?

Junge Frau:
Ich habe eine Fachschule für Tourismus besucht und bin arbeitslos. Die Reisebüros

schließen, eines nach dem anderen, und ich weiß nicht, wann ich wieder Arbeit in dem Bereich finde, den ich studiert habe.

Frau mittleren Alters:
Alles in meinem Leben hat sich zum Schlechteren entwickelt. Gemessen an meinem Einkommen vor einem Jahr habe ich heute 400 Euro im Monat weniger. Außerdem habe ich eine 300 Euro-Sonderabgabe gezahlt, zahle mit 400 Euro im Monat einen Kredit ab und warte auf die Stromrechnung mit der neuen Immobiliensteuer. … Ich habe zwei Kinder von 2 und 5 Jahren und ich weiß wirklich nicht, wie ich die großziehen soll. Wenn ich vor fünf Jahren bei meiner Heirat gewusst hätte, dass es so schlimm kommen würde, hätte ich keine Kinder gemacht. Ich möchte etwas für ihre Zukunft tun, möchte ihnen in die Augen sehen können. Aber sie lassen mich nicht.

Mann Ende fünfzig:
„Wir wurden viele Jahre zurückgeworfen. Mit meinen 32 Arbeitsjahren auf dem Buckel könnte ich mich schwarz ärgern, das ich nicht vor drei Jahren in Rente gegangen bin, was damals noch möglich war. Das hab ich vermasselt. Ich hätte die volle Rente in meiner Tasche – jetzt ist meine Rente zusammengestrichen. Allein im letzten Monat ist mein Gehalt wieder um 600 Euro geschrumpft. Ich habe zusammen mit meiner Frau, die Renterin ist, ein Haus für unsere drei Kinder gekauft, da zahlen wir monatlich 800 Euro für das Darlehen ab. Ich habe einen Sohn, der studiert und eine arbeitslose Tochter, den beiden müssen wir unter die Arme greifen.“

Frau um dreißig:
„Ich bin jetzt ein Jahr und drei Monate arbeitslos. Ich war in der Buchhaltung einer Firma beschäftigt, aber man hat mich entlassen. Jetzt suche ich schon so lange nach irgendeiner Arbeit, aber ich finde keine. Das letzte Bewerbungsgespräch hatte ich vorige Woche, für eine Stelle als Verkäuferin in einem Kleidergeschäft, jetzt warte ich auf die Antwort. Ich fühle mich wie gefesselt, ich schiebe alles vor mir her. Mit meinem Freund würde ich gern eine Familie gründen, aber wir wissen, dass das nicht die richtige Zeit dafür ist. Wie kann es anders sein, wenn meine Arbeitslosenhilfe im Juli ausgelaufen ist und ich jetzt von meiner Familie und meinem Freund unterstützt werde.

Frau um vierzig:
Ich bin allein erziehende Mutter mit einer Tochter. Nach 16 Berufsjahren verdiente ich bis 2010 pro Monat 2170 Euro netto. Seitdem wurde mein Gehalt um 60 Prozent gekürzt und pünktlich ausgezahlt wird es schon lange nicht mehr. Dabei muss ich muss monatlich 800 Euro für den Kredit zahlen, mit dem ich eine „Villa“ von 65 Quadratmetern gekauft habe. Die muss ich noch 21 Jahre lang abzahlen – wie das gehen soll, weiß der Himmel. Die

Englischstunden für meine Tochter kosten 1400 Euro im Jahr, und alle zwei Monate werden 300 bis 350 Euro nur für Strom und Wohnungsnebenkosten fällig.

Student:
Als Bürger dieses Landes empfinde ich Unsicherheit und Wut. Im Lauf des letzten Jahres hat sich mein Leben total verändert. Ich kann nicht mehr in der Stadt wohnen, in der ich studiere, in Komotini (Thrazien). Ich fahre nur zu den Prüfungen hin und wohne dann für diese Tage in einem Hotel oder bei Bekannten. Meine Mutter ist Gymnasiallehrerein und ist letztes Jahr nach 37 Dienstjahren in Pension gegangen. Der Staat hat ein Jahr gebraucht, bis er das erste Geld ausgezahlt hat, da mussten wir acht Monate lang mit geliehenem Geld von Verwandten und Freunden auskommen.

Frau um vierzig:
Mit jedem Tag haben wir weniger Geld. Alle sind unsicher, was morgen wird. Und bei den ständig steigenden Steuern werden wir, wenn es so weiter geht, nur 50 Prozent unserer Kaufkraft behalten – wenn wir überhaupt noch Arbeit haben. In der Firma, in der ich seit zwölf Jahren arbeite, sind schon 120 Angestellte entlassen worden. Bei allen Kollegen spürst du die Unruhe. Wenigstens haben sie uns noch nicht den Lohn gekürzt – aber mal sehen, wie das mit unseren jetzt gerade verhandelten Tarifverträgen läuft. Und die Einschränkungen spürst du überall. Früher habe ich im Supermarkt immer mehr eingekauft, als ich gerade brauche, ohne groß nachzudenken. Jetzt musst du schon rechnen, wenn du nur das Notwendigste mitnimmst.

Mann um vierzig:
Ich bin bei der Gemeindeverwaltung… beschäftigt. Ich bin Vater von zwei Kindern und mache mir große Sorgen um meine und ihre Zukunft. Die neuen Maßnahmen und die „Arbeitsreserve“ (in diesen Status sollen 30 000 öffentliche Bedienstete versetzt werden, sie erhalten dann ein Jahr lang nur 60 Prozent ihres Gehalts und sind danach entlassen, N.K.) bedeuten im Grunde, dass wir arbeitslos werden. Dann bleibt mir nichts anderes übrig, als wo anders hinzuziehen.

Frau um dreißig:
Zu dieser Demo habe ich mein Kind mitgebracht. Ich gehe auf die Straße für meine Kinder und für deren Zukunft. Mir selbst geht es beruflich sehr schlecht, weil mein Berufszweig (Rechtsanwälte) liberalisiert wird und die Notare in Zukunft anwaltliche Aufgaben übernehmen sollen.